

URL: /in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=1270559

Wunsch und Wirklichkeit

Berliner Studie belegt: Geringverdiener nutzen die staatliche Förderung von Riester-Verträgen bisher kaum VON NINETTE KRÜGER

Das Ergebnis birgt politischen Sprengstoff: Einkommensschwache Haushalte legen weiterhin wenig fürs Alter zurück - daran hat die Einführung der Riester-Rente im Jahr 2002 nichts geändert. Vielmehr sind es die ohnehin Besserverdienenden, die die Förderung immer stärker nutzen. Dies belegt eine aktuelle Studie der Freien Universität Berlin mit dem Titel "Erhöht die Riester-Förderung die Sparneigung von Geringverdienern?"

Die staatlichen Zulagen haben in erster Linie Mitnahmeeffekt, sagt Giacomo Corneo, Professor für Finanzwirtschaft und einer der Autoren der Studie. Die Wirtschaftswissenschaftler argumentieren, dass viele Sparer ihr Geld aus anderen Anlageformen abgezockt haben, um es in die für sie ertragreichere Riester-Förderung zu stecken - und deshalb das tatsächliche Sparvolumen nicht steigt.

Der Untersuchung liegen allerdings nur Zahlen bis zum Jahr 2005 zugrunde. Die Autoren schließen jedoch nicht aus, "dass der Faktor Zeit für den Erfolg der Reform eine entscheidende Rolle spielt" und die Riester-Förderung erst nach 2005 die Sparneigung der Geringverdiener erhöht hat.

Die Riester-Förderung, das legen die Berliner Forscher nahe, ist keineswegs ein solcher Erfolg, wie die Bundesregierung suggeriert. Immerhin sollte das "Instrument zur Armutsvermeidung" gerade finanziell schlechter gestellter Familien dazu anregen, häufiger und mehr für die Rente zu sparen. Die Zahl der abgeschlossenen Verträge seit der Einführung der Riester-Rente ist hoch und zuletzt deutlich gestiegen: Rund zehn Millionen waren es Ende 2007.

So wirft die Studie die Frage auf, wie die Riester-Förderung ökonomisch gerechtfertigt werden kann. Denn die Subventionen erforderten nicht nur eine höhere Steuerlast, sondern erzeugten zusätzliche Verwaltungskosten, etwa für Werbung oder Versicherten-Betreuung.

Volkswirtschaftlich sinnvoll könne die Riester-Rente aber nur sein, wenn sie "die heutige Ersparnis der zukünftigen Rentner Deutschlands erhöht und somit zur Kompensation des Leistungsausfalls der gesetzlichen Rentenversicherung beträgt".

2002 schätzte die Bundesregierung die Steuerausfälle von 2009 an auf jährlich 12,5 Milliarden Euro.

Streit über Zusatzvorsorge: **Riester-Rente hilft nicht allen**

[document info]

Copyright © 2008

Dokument erstellt am 11.01.2008 um 17:24:02 Uhr

Erscheinungsdatum 12.01.2008